

Saskia Richter

Europäische Volksparteien in der Transformation

Das europäische Parteiensystem befindet sich in der Transformation. Rechte, linke und grüne Parteien legen zu, während die Volksparteien tendenziell verlieren. Worin liegen die Ursachen und wie können diese Parteien neue Integrationskraft entfalten?

Saskia Richter

(* 1978) ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

saskia.richter@fu-berlin.de



Der Rückgang von Parteimitgliedern und Wählern der Volksparteien in den europäischen Ländern wird seit den späten 70er Jahren beklagt. In den 80er Jahren verloren sozialdemokratische Parteien ganze Wählerkohorten an die entstehende grüne Parteienfamilie. So zumindest war es in Deutschland, Österreich und Schweden. Eine Ausnahme bildete Großbritannien, wo durch das Mehrheitswahlrecht die Grünen für die Conservative Party und die Labour Party zunächst keine Konkurrenz darstellten.

Die Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien in Europa sind niedrig und rückläufig: Bei der Europawahl 2009 erzielte die Sozialdemokratie in Deutschland 20,8 %. Im Vergleich zu 2004 verlor sie zwar nur 0,7 Prozentpunkte, hatte aber zwischen 1999 und 2004 bereits 9,2 Prozentpunkte verloren. Bei der sich anschließenden Bundestagswahl erzielte die SPD das historisch desaströse Ergebnis von 23 % der Zweitstimmen. Die britische Labour Party landete bei 16 %, während die rechtsextremistische British National Party ins Europaparlament einziehen konnte. In Frankreich verloren die Sozialisten wie in Portugal, in Österreich brachen die Sozialdemokraten ein.

Franz Walter beschreibt in seinem Buch *Im Herbst der Volksparteien* die deutsche Entwicklung und dass die guten Zeiten der Volksparteien in den 60er und 70er Jahren mit Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums einhergingen. Den Volksparteien in Deutschland sei es auch durch finanzielle Zugaben gelungen, die Interessen der Mitte zu bündeln. Zudem war es für sie in Zeiten wachsenden Wohlstandes einfach, Wähler an sich zu binden. Diese goutierten soziale Gaben mit ihrer Stimme. Heute sei das Problem der Volksparteien nicht, dass die Ränder abbröckelten, sondern dass die Kerne der Parteien sich auflösten. Auch wegen dieser inneren Auflösung der Parteien können die Wähler nicht mehr mobilisiert werden. Inwieweit diese Tendenz auf die einzelnen Länder in Europa zutrifft, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden; Überlegungen in diese Richtung erscheinen jedoch lohnend.

Spätestens seit der Epochenwende der 70er Jahren werden die westeuropäischen Gesellschaften von Tendenzen der Individualisierung, Pluralisierung und Fragmentierung bestimmt. Einst vorbestimmte Lebenswege sind zur selbst verwaltbaren Möglichkeit, aber auch zum Risiko geworden. So ist es kein Wunder, dass es den traditionsreichen Parteien nicht mehr gelingt, Mitglieder und Stammwähler an ihre starren Apparate und biedereren Milieus zu binden. Eine Parteibindung bedeutet zwar Klarheit, wird aber gleichzeitig als Beschränkung von Möglichkeiten in einer Multioptionsgesellschaft wahrgenommen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts greift auch nicht mehr das alte demokratische Binde-

mittel der Klientel- und Mittepolitik, zumal diese erkaufte Loyalität in der Krise des Sozialstaates sowieso weniger Wirkung entfaltet.

Integration pluraler Gesellschaften

Insgesamt gilt es die Frage zu beantworten, ob nach der Hochzeit der Volksparteien und der Parteiendemokratien die Zeit der Bürgergesellschaft anbricht, in der politische Partizipation nicht in Parteiorganisationen, sondern in zivilgesellschaftlichem Engagement getätigt wird – wenn sie überhaupt getätigt wird. Möglich ist aber auch, dass sich die christ- und sozialdemokratischen Parteien wieder erholen und auf einem stabilen, wenn auch geringeren Niveau als in den 70er Jahren neben den Kleinparteien einpendeln. Das wird aber nur gelingen, wenn sich die Parteien auf ihre gesellschaftliche Integrationsfunktion in pluralen Gesellschaften besinnen und ihren Wählern neue politische Angebote präsentieren. Sie müssen sich zudem um die jungen Wählerkohorten bemühen, um zukunftsfähig zu bleiben. Reines Machtstreben der Parteispitzen – das natürlich ein wesentlicher Bestandteil politisch professionalisierter Systeme ist – wird dafür nicht mehr ausreichen.

In einem normativen Verständnis sollten Volksparteien ein Grundverständnis von Politik und Gesellschaft entwickeln, für das es sich innerparteilich zu streiten lohnt. Professionelle Parteiarbeit und Debatte kann nicht durch Marketingkampagnen und externe Beratungsleistung ersetzt werden. Die Professionalisierung von Parteiapparaten schadet der innerparteilichen Legitimität. Für Bürger, die sich in den Meinungsbildungsprozess einbringen wollen, geht die Attraktivität zu Recht verloren. Warum sollen sie sich im Ortsverein engagieren, wenn die nationalen Parteizentralen und die Brüsseler Bürokraten

entscheiden? Auch deshalb sind Wähler und Mitgliederzahlen rückläufig. Obwohl sich die europäische Tendenz noch einmal deutlich von den nationalen Entwicklungen unterscheidet.

Zudem sind die Profile der europäischen Volksparteien verwässert. Warum sozialdemokratisch wählen, wenn es auch linke Parteien gibt, die politische Forderungen nach einem sozialen Staat populistisch zuspitzen? Warum nicht bei den rechten Parteien ein Kreuz setzen, wenn in den moderaten Mitteparteien niemand mehr eine politisch unkorrekte Meinung äußern darf und das Gefühl vorherrscht, dass sich die Verhandlungsrunden der Politik von der Öffentlichkeit abschotten? Das mag effizient sein, führt aber im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise auch zu der Tatsache, dass linke wie rechte Parteien in Europa profitieren wie in Großbritannien. In den Niederlanden profitierte der Rechtspopulist Geert Wilders und wurde mit seiner »Partei für Freiheit« zur zweitstärksten Kraft.

Demokratie legitimieren

Ursprünglich bildeten Volksparteien in ihren Nationen Milieus aus und rekrutierten Mitglieder und Wähler in Schützenvereinen, Sportclubs und der Freiwilligen Feuerwehr. Diese Regionalmilieus sind zerfallen, das wirkt sich negativ auf die nationalen Stabilitäten der Parteien aus. Auf europäischer Ebene hat es eine solche Verwurzelung nie gegeben. Dass Europa eine »verkopfte Sache für Spezialisten« geworden sei, deren Öffentlichkeit in 27 nationale Öffentlichkeiten zergliedert sei, sagte selbst der SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz im Mai vor der Europawahl 2009 im Spiegel. Für die Integrationsleistung von Parteien auf europäischer Ebene sprechen diese Aussagen nicht.

Insgesamt jedoch wäre eine andere Situation als der Zustand des Wandels, der

von gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Entwicklungen beeinflusst wird, zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die politische Landschaft Europas sehr verwunderlich. Darum befinden sich die europäischen Volksparteien zu Recht in der Transformation. Die Frage ist, ob sie die Prozesse der andauernden Postmoderne trotz finanzieller, ideeller und strategischer Einbußen konstruktiv nutzen können und neue Handlungsressourcen erschließen: als Plattformen interaktiven

politischen Engagements und »Treuhand von Werten« (Warnfried Dettling), Orte der Vorbereitung außerparteilicher Kompromisse und Koalitionen und Organisationen der milieübergreifenden und flexiblen Interessenintegration. Letzteres bedeutet auch, dass sich Parteien gegenüber Nichtmitgliedern öffnen. Die Aufgabe der Großparteien in Europa wird keine geringere sein, als sich selbst zu konsolidieren und die Legitimität der Demokratie zu erhalten.

Siebo M.H. Janssen

Die EVP auf dem Weg in die »linke Mitte«?

Mit dem Austritt der britischen Konservativen aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) nach den Europaparlamentswahlen vom Juni 2009 erscheint eine politische Neuorientierung in Richtung eines »christlich-sozialeren« Kurses der größten Fraktion im Europäischen Parlament inhaltlich wie politisch möglich. Wie stehen die Chancen für einen solchen »Linksruck«, und wird damit das Europäische Parteiensystem insgesamt nach »links« verschoben?

Siebo M.H. Janssen

(*1969) Politikwissenschaftler und Historiker, ist Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen zu den Themen: Europäische Integration, Politische Ideengeschichte, Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Politische Systeme der Benelux-Staaten und der USA.
siebo.janssen@yahoo.de



Die EVP war seit ihrer Gründung nie eine homogene christdemokratische und/oder konservative Partei. Sie umfasst(e) so unterschiedliche Parteien wie die, im christlich-sozialen Spektrum angesiedelten, wallonischen Christdemokraten der CDH und die nationalkonservativen Parteien der PdL des italienischen Premierministers Berlusconi und bis vor kurzem eben auch die britischen Konservativen.

Diese Vielfalt war nicht immer unumstritten, so gab es gegen die Aufnahme der britischen und italienischen Konservati-

ven Anfang der 90er Jahre massiven Widerstand von Seiten der niederländischen und belgischen Christdemokraten, aber auch die französischen Gaullisten ließen deutlich ihre Skepsis erkennen.

Vor allen Dingen auf Druck der CDU/CSU und des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl wurden die italienischen und britischen Konservativen Mitte der 90er Jahre in die EVP aufgenommen. Die offizielle Begründung lautete zwar, um die christdemokratischen und konservativen Parteien Europas zu einigen, inoffiziell lag der Grund aber im ausgeprägten Machtbewusstsein Kohls. Dieser wollte die SPE als stärkste europäische Partei zugunsten der EVP verdrängen, was ihm politisch gesehen in den jeweils folgenden Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) auch gelang.

Bei einigen Mitgliedsparteien der EVP wollte eine reale Begeisterung für das Pro-